

Redebeitrag Neubau der Grundschule Nord – Aussprache zur geplanten Bürgerbefragung

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister Gummich,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Beschluss der CDU-Fraktion parallel mit der Kommunalwahl am 11. September 2011 eine Bürgerbefragung zum geplanten Grundschulneubau durchzuführen bildet den vorläufigen Höhepunkt einer seit Jahren vermurksten Schulpolitik der größten Ratsfraktion in diesem Saal.

Ein schlüssiges Schulkonzept ist die Bremervörder CDU bis heute schuldig geblieben, obwohl schon vor den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2006 den Bürgerinnen und Bürgern eine Neuregelung des Grundschulbereichs vor dem Hintergrund der rückläufigen Schülerzahlen versprochen wurde.

Anregungen den Grundschulbereich zu reformieren kamen zunächst von der Verwaltung, die im Jahr 2007 den Schulstandort Iselersheim aufgeben und die Schüler aus dem Norden in Engeo einschulen wollte. Nach Protesten wurde dieser Vorschlag schnell in die Schublade gelegt.

Das Schulkonzept der Bremervörder SPD zur Neuordnung des Primarbereichs und Konzentration auf die drei bis vier Standorte Engeo, Hesedorf, Neubau einer Grundschule am See sowie Elm - solange die Landesschulbehörde noch Lehrer zuweist - wurde von den Bremervörder Christdemokraten zunächst überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

Stattdessen beschloss die CDU-Mehrheit im Verwaltungsausschuss die Schließung der Grundschule Stadtmitte, was ebenfalls zu Protesten von Eltern und Geschäftsleuten führte, die weitere Leerstände in der Kernstadt fürchteten. Eine von der Stadtverwaltung im Jahr 2008 eingesetzte Arbeitsgruppe aus Schulleitern Bremervörder Grundschulen sowie den Schulleitern der weiterführenden Haupt- und Realschule machte fundierte Vorschläge zur weiteren Entwicklung des Primarbereichs, was leider auch nicht weiterverfolgt wurde.

Ein eigenes Schulkonzept der Bremervörder CDU gab es immer noch nicht, als die Stadtverwaltung die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung ankündigte. Eine der Ursachen für die Schieflage des Stadthaushaltes war und

ist der Umstand, dass sich Bremervörde als sächlicher Träger des Primärbereichs zu viele Schulstandorte leistet.

Dem Druck der Haushaltskonsolidierung ist es zu verdanken, dass ein Antrag von PRO Bremervörde 2010 im Schulausschuss mit den Stimmen von Eltern-, Schüler- und Lehrervertreter sowie uns Sozialdemokraten eine Mehrheit bekam, die Stadtverwaltung zu beauftragen, die Kosten eines Schulneubaus zu vergleichen mit den Aufwendungen, die beim Aufrechterhalten bisherigen Schulstandorte anfallen würden. Das Ergebnis ist uns allen bekannt. Die Schließung aller bisherigen Grundschulen bis auf die Schule in Engeo passt zur notwendig gewordenen Haushaltskonsolidierung, wenn der Neubau nicht mehr als 5,2 Mio. € kostet.

Die Zustimmung im Rat für den Neubau war breit und ging quer durch die Fraktionen.

In den folgenden Monaten erlebte unsere Stadt von der Auswahl des Standortes für die neue Schule über die Bildung von Arbeitsgruppen bis hin zum Architekten-Wettbewerb einen anregenden und für viele Beteiligte sehr arbeitsreichen Prozess. Hieran beteiligt waren im Schulbauausschuss auch CDU – Ratsmitglieder, wobei vor allem Peter Hoheisel sich mit Ideen und konstruktiven Vorschlägen einbrachte. Hierfür möchte ich Peter Hoheisel – auch wenn er heute nicht anwesend sein kann – herzlich danken. Peter Hoheisel hat als Vorsitzender des Finanzausschusses auch öffentlich erklärt, dass eventuelle Mehrkosten des geplanten Schulneubaus durchaus durch höhere Steuereinnahmen gedeckt sind.

Am Ende dieses Planungsprozesses stand die Auswahl des Entwurfs des Bremervörder Architekten Tabery, der mit einer Menge guter Ideen das anspruchsvolle Raumprogramm der Beteiligten umsetzte und trotzdem hinsichtlich der vorgegebenen 5,2 Mio € nahezu eine Punktlandung hinlegte. Das in dieser Summe die Ausstattungskosten und Aufwendungen für die Veränderung der Zufahrtswege für die Schule nicht enthalten sind, wusste man vorher und sollte jetzt nicht als Vorwand für die Ablehnung bzw. für die Notwendigkeit einer Bürgerbefragung heran gezogen werden.

Eine Bürgerbefragung ist prinzipiell keine schlechte Sache. Dass diese Idee aber von der CDU kommt, die bislang mit ihrer Mehrheit im Stadtrat alles durchstimmte, ohne Anregungen von außen aufzunehmen, verblüfft schon.

Leider haben Sie liebe Kollegin von der Wense und ihre Ratskollegen von der CDU ihre absolute Mehrheit im Rat nicht zu einer Gestaltungsmehrheit in der Schulpolitik gemacht. In diesem Politikbereich waren sie in den vergangenen 5 Jahren immer nur Getriebene der Ortschaften, der Eltern, von Lehrern, die eine bessere Bildung anmahnen und der Opposition hier im Rathaus.

Beenden Sie diesen für alle Beteiligten entkräftenden und sinnlosen Prozess – in dem Sie auf die Bürgerbefragung verzichten, denn die Entscheidung für den Grundschulneubau haben die gewählten Vertreter der Stadt vor über einem Jahr am 20. April 2010 bereits gefällt.